

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XX/80

Bonn, den 28. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2

Keine Rätsel mehr

65

Nach de Gaulles Fernsehansprache

3 - 4

Alt auf neu

89

Ulbrichts Machtträume 1965

Von Stephan G. Thomas

5

Lärngeschädigt

41

Wer kommt für die Folgen auf ?

6

Für die Wüste Negov bestimmt

34

Bremer "Neue Heimat" liefert Eigentumswohnungen für Israel.

+ + +

### Keine Rätsel mehr

#### Nach de Gaulles Fernsehansprache.

GM - Erneut hat Staatspräsident de Gaulle in seiner kurzen, aber einprägsamen Fernsehansprache am letzten Dienstag die Unabhängigkeit Frankreichs auf allen Gebieten der internationalen Politik bekundet. Insofern konnte die Rede de Gaulles nicht überraschen, denn das Wort "unabhängig" stand seit jeher im Vordergrund aller seiner politischen Visionen.

Die europäische Politik spielte in dieser Rede nur eine Rolle am Rande. Deutlich jedoch liess der General vernehmen, dass man im Augenblick kaum mit entscheidenden französischen Aktionen in Richtung auf eine weitere ökonomische oder politische Integration des EWG-Europa rechnen könne. Dagegen erinnerte der General sehr entschieden an seine Bemühungen, die traditionellen Beziehungen Frankreichs zu den osteuropäischen Staaten weiterhin zu verbessern. Diese Absicht und der Hinweis auf die Versöhnung Deutschlands mit Frankreich baute der General als Beweis für seine europäische Haltung in die Fernsehansprache ein.

Es zeigt sich, demonstriert an diesen Beispielen, dass de Gaulle die Einigung Europas auch über ideologische Grenzen hinweg als eine der wichtigsten Aufgaben Frankreichs unter seiner Führung betrachtet. Inwiefern er hierbei den bisherigen Integrationsprozess im EWG-Europa als Grundlage für nächste Schritte auf dem Wege zur Einigung Europas betrachtet, lässt de Gaulle zunächst allerdings offen.

Natürlich wird diese Rede bei den EWG-Partnern zu mancher Frage führen. Schon jetzt hat man in Brüssel bedauert, dass de Gaulle offensichtlich nicht daran denkt, den Integrationsprozess des EWG-Europa zu fördern. In Bonn fragt man sich, was aus der in deutsch-französischen Freundschaftsvertrag festgelegten Konsultationsverpflichtung zwischen der Bundesrepublik und Frankreich geworden sein mag. Die offizielle Bonner Politik tut so, als stände sie vor Rätseln, während in Paris gesagt wird, selbstverständlich sei die Konsultationsverpflichtung nie so aufzufassen gewesen, als wolle sich de Gaulle jemals dadurch die Hände binden lassen. Da man aber in Paris und Bonn gleichermassen bemüht bleibt, die deutsch-französische Freundschaft als die Grundlage einer guten europäischen Politik zu betrachten, bedarf es sicher einer längeren Periode diplomati-

scher Tastversuche, um festzustellen, was man wirklich damit meint.

Wer de Gaulles Vorstellungen von der Rolle Frankreichs in Europa und in der Welt kennt, konnte nicht überrascht sein. Eigentlich hat der französische Staatspräsident sogar noch eine gewisse Zurückhaltung geübt, als er dem mächtigsten Verbündeten des freien Europa, den Vereinigten Staaten, Zensuren erteilte.

Obwohl diese Ansprache de Gaulles schon vor dem Besuch des sowjetischen Aussenministers Gromyko aufgenommen worden war und infolgedessen nicht unmittelbar auf den russisch-französischen Dialog Bezug nehmen konnte, sollte man trotzdem eines der bisher bekanntgewordenen Ergebnisse des sowjetischen Diplomatenbesuches in Paris auch in die Wertung der Rede des französischen Staatspräsidenten einbeziehen. Das ist die sowjetisch-französische Übereinstimmung bei dem Versuch, Peking als Atommacht an den Tisch derjenigen Mächte zu setzen, die gemeinsam mit den USA und Grossbritannien - und natürlich auch Frankreich - eine neue Verhandlungsrunde über atomare Abrüstungsprobleme beginnen sollen. Mit Sicherheit ist anzunehmen, dass Paris und Moskau über diese neue Konstruktion gleichermassen versuchen wollen, Washington und Peking zu Verhandlungen über die Lösung der südostasiatischen Probleme zu zwingen.

Wahrscheinlich hat der französische Staatspräsident mit seiner Rede und den zu gleicher Zeit bekanntgewordenen russisch-französischen Gesprächsergebnissen demonstrieren wollen, dass er nichts mehr von den Mächtegruppierungen hält, wie sie sich nach dem zweiten Weltkrieg ergeben haben. Er hat dabei an das Selbstbewusstsein der Franzosen appelliert und sicher bewusst in Kauf genommen, dass man ihn nunmehr in der übrigen westlichen Welt ganz offen als den schwierigsten Partner betrachtet.

Diese Haltung charakterisiert eigentlich seinen ganzen Lebensweg. Die einen nennen den General daher eigenwillig, die anderen einen Realisten. Wie dem auch sei - Rätsel gibt der General niemandem mehr auf. Auch die deutsche Politik wird dies nach zahlreichen sentimentalen Umarmungsszenen zur Kenntnis nehmen müssen.

Alt auf neu  
-----

### Ulbrichts Machtträume 1965

Von Stephan G. Thomas

Wenn bei der Betrachtung der kommunistischen Machtstrategie in Deutschland eines immer wieder überrascht, dann ist es die einfallslöse Monotonie ihrer Vorstellungen. Vor allem geht den Kommunisten jeder Realismus bei der Einschätzung der Möglichkeiten ab, in der Bundesrepublik Machtpositionen aufbauen zu können. Im taktischen Waffenarsenal der geistigen Kriegsführung gegen die demokratischen Kräfte der Bundesrepublik haben sich die Losungen von "Einheitsfront" und "Aktionseinheit" seit 1945 unverändert erhalten. Sie sollen, so waren sie bereits in Weimar konzipiert, die erste Phase der Aufweichung des Gegners einleiten und damit die Voraussetzungen für die Eroberung der Macht schaffen.

Nun stehen wir in Deutschland wieder einmal vor dem Anrollen einer kommunistischen Einheitsfront-Welle. Den Auftakt dazu gab die Veröffentlichung einer Ulbricht-Rede, die bereits vor fünf Jahren gehalten wurde und seitdem in den Archiven schlummerte. Es handelt sich um eine Erinnerungsrede an jene "ersten Stunden" des Jahres 1945, als es der Ulbricht-Gruppe hinter dem Rücken der sowjetischen Panzer gelang, mit den Parolen von Einheitsfront, Demokratie und Frieden die Voraussetzungen für die kommunistische Machtübernahme in der Sowjetzone zu schaffen, um dann schliesslich mit Terror und Gewalt das Regime zu etablieren. Jetzt, zwanzig Jahre später, wird von neuem versucht, Voraussetzungen für die kommunistische Machtübernahme - diesmal in Gesamtdeutschland - zu schaffen.

Während Taktik und Strategie unverändert blieben, hat man allerdings in der Einschätzung des Gegners einiges dazu gelernt. Zum Beispiel hat man erkennen müssen, dass sowohl Textbücher als auch Leitbilder über den "Kapitalismus" angesichts der nachweisbaren Überlegenheit der Bundesrepublik in der Produktivität und im Lebensstandard sowie angesichts der sichtbaren sozialen und demokratischen Errungenschaften völlig unglaubwürdig geworden sind. Deshalb nahmen die Kommunisten eine "Neueinschätzung der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik" vor. Man spricht von einem "Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus", von einer "qualitativen gesellschaftlichen Veränderung" und von der "regulierenden Rolle des Staates in der Wirtschaft". Die Art und Weise, wie in den westlichen Demokratien die Probleme der industriellen Veränderungsprozesse bewältigt wurden, gelten weitgehend als beispielhaft und nachahmenswert für das kommunistische Regime, das sich unfähig erwiesen hat, mit den Problemen der modernen Industriegesellschaft fertig zu werden. Zu den theoretischen Einsichten der künftigen Einheitsfronttaktik gehört die langfristige Perspektive, die man jetzt glaubt sich setzen zu müssen, denn "die Konföderation beider deutscher Staaten" werde sich über eine ganze

geschichtliche Periode erstrecken, in der "im staatsmonopolistischen System auch um schrittweise Reformen" gekämpft werden müsse. Das ist die Grundlage des neuen reformistischen Programms der Kommunisten, bei dem auch "eine Koalition mit bürgerlichen Kreisen" als wünschenswert erscheint.

Dass Ulbricht diese Vorstellungen erst jetzt veröffentlichen läßt, obwohl er sie bereits 1960 formulierte, hat seine Gründe. Damals, ein Jahr vor dem Mauerbau, auf dem Höhepunkt der Kollektivierung und Sowjetisierung, konnte er diese Dinge nicht offen anpacken. Jetzt aber glaubt er, im "bürgerlichen Lager" der Bundesrepublik Ansätze eines "neuen Realismus" zu entdecken. Eine erfolgreiche Koalitionstaktik mit der Kapitalistenklasse schafft, so glauben die Kommunisten, günstige Voraussetzungen für die Isolierung der sozialdemokratischen Führung, um dann - wie 1945/46 gehabt - über eine neue Art von Blockpolitik - damals mit der Zonen-CDU und LDP - die Ausschaltung der Sozialdemokratie zu erreichen. Man will "konziliant" sein und jede Chance nutzen, dabei man auf die abgründige Naivität spekuliert, die in der Bundesrepublik in weiten Kreisen existiert.

Ulbricht hält also nun die Zeit für gekommen, das neue Spiel wieder einmal zu beginnen. Seine schon jetzt in Andeutungen erkennbare Rede auf dem bevorstehenden 9. ZK-Plenum wie die Veröffentlichung der geheimgelassenen Rede vom 12. Mai 1960 sind Anzeichen für diesen neuen Versuch. In der Rede vor den "Aktivisten der ersten Stunde" stellte Ulbricht damals die Vereinigung und die kommunistische Einheitsfronttaktik in der Periode 1945/50 als vorbildlich hin und bezichtigte die Zweifler und Kritiker als "Sektierer". Diese Darstellung Ulbrichts ruft auch die Erinnerung daran wach, welchen Anteil die Kachiborgane des Regimes und der sowjetischen Besatzungsmacht bei der Durchführung dieser Taktik in der Zone damals hatten. Heute glaubt man in Pankow, von der staatlichen Machtbasis der "DDR" mit verstärkter Kraft an die Verwirklichung der kommunistischen Ziele in Deutschland herangehen zu können.

Ulbricht war der erste unter den "Aktivisten der ersten Stunde". Er, der Vertrauensmann Stalins, hat mit den stalinistischen Methoden der Lüge und Täuschung, des Terrors und der Gewalt sein Regime unter dem militärischen Schutz der Sowjetmacht aufbauen können. Zwanzig Jahre später versucht Ulbricht, die Voraussetzungen für den gesamtdeutschen Endsieg auf gleiche Weise zu schaffen. Glaubt man in Moskau, dass es in der Bundesrepublik eine verantwortliche politische Kraft geben könnte, die bereit wäre, alles Gewesene und Erlebte zu vergessen und mit Ulbricht zu parlieren und zu paktieren?

Für Moskau mag Ulbricht immer noch seine Meriten haben. Für das deutsche Volk hat er jede Glaubwürdigkeit verloren. Das sollte man bedenken, wenn man eines Tages auf sowjetischer Seite zu einer glaubwürdigen Deutschlandpolitik bereit sein sollte. Der Ulbricht'sche Versuch, seine Wunschträume von 1945, zwanzig Jahre später, noch einmal in gesamtdeutschen Rahmen verwirklichen zu können, sind zum Scheitern verurteilt.

Lärmgeschädigt  
-----

Wer kommt für die Folgen auf ?

ap - Eine neue Kategorie von Geschädigten taucht in unserer modernen Industriewelt auf, jene Unglücklichen, die durch anhaltenden Lärm, sei es durch Flugzeuge, sei es durch Autos und Lastwagen, nicht nur physischen Schaden nehmen, sondern sich auch in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedroht sehen. Dieser Aspekt hat noch keine allgemeine Beachtung gefunden. Für die Betroffenen jedoch hat er folgenschwere Konsequenzen. Was kann z.B. eine Vermieterin tun, wenn ihr die Mieter davonlaufen, weil sie den Tag und Nacht anhaltenden Verkehrslärm, mit ständigem Artilleriefeuer vergleichbar, nicht mehr aushalten? Ist sie auf die Miete als Haupteinnahmequelle angewiesen, dann werden für sie die leerstehenden Zimmer zur Katastrophe. Sie findet keine neuen Mieter oder sie muss für einen möglichen Neumieter die Miete so klein halten, dass sie sich als Einnahme kaum lohnt. Diese Frau kommt unter die Grenze des Existenzminimums.

Ein Beispiel von vielen: Eine Witwe, Mutter von zwei zwölf- und sechsjährigen Knaben, bekommt, da ihr Mann früh verstarb, nur eine kleine Rente, die nicht zum Leben reicht. Der Mann hatte sich nach Entlassung aus der Kriegsgefangenschaft eine Existenz als Bauunternehmer aufgebaut, doch verschied er bald an den Folgen seiner Entbehrungen. Die Frau, von ihrer Umgebung wegen ihrer Redlichkeit hoch geachtet, musste einige Zimmer vermieten. Das ging gut, solange ihr Haus noch nicht in eine Lärmzone geraten war. Mit dem Bau einer die Stadt teilenden Verbindungsstrasse von Norden nach Süden, zehn Meter von ihrem Haus entfernt, begann das Unglück; seitdem rollen Tag und Nacht viele Tausende von Fahrzeugen über die Strasse, verursachen einen unerträglichen, die Nerven aufpeitschenden, den Schlaf störenden Lärm und bringen die umliegenden Häuser zum Erschüttern. Der Einbau von Doppelfenstern brachte keine Abhilfe. Das nicht einmal alte Haus verliert seitdem an Wert, es finden sich auch keine Käufer.

Die Witwe hatte immer gut zahlende und zufriedene Mieter, sie verblieben oft viele Jahre in der Wohnung. Jetzt können sie es nicht mehr aushalten, sie finden keine ruhige Minute, über sie brach die Hölle herein. Und die Folgen? Die Mieter sehen sich nach anderen Plätzen um, kündigen, und die Witwe mit ihren Kindern stürzt aus materieller Georgenheit in materielle Not. Sie wird, ohne eigenes Verschulden, zum Sozialfall. Hätte sie nicht ein Recht auf Entschädigung? Wer soll sie gewähren, wer ist dafür zuständig?

Ähnliche Tragödien, unbemerkt von der Öffentlichkeit, spielen sich zu Tausenden in den Großstädten ab. Hier gilt es, eine Lücke in der Sozialgesetzgebung auszufüllen. Auch diese Menschen gehören zu den Verkehrsoffern; sie zahlen einen schweren Preis.

Für die Wüste Negev bestimmt

**Bremer "Neue Heimat" liefert Eigentumswohnungen**

sp - Das dem Deutschen Gewerkschaftsbund nahestehende gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsunternehmen "Neue Heimat" bereitet eine Hilfe für den Wohnungsbau im Staat Israel vor. Die "Neue Heimat" wird in einem ersten Abschnitt in Israel etwa 800 Wohnungen im Rahmen mehrerer Wohnsiedlungsprojekte bauen. Dabei wird die Bauträgerschaft eine israelisch-deutsche Gesellschaft übernehmen. Daran sind neben der "Neuen Heimat" des Wohnungsunternehmens der israelischen Gewerkschaft "Solel Boneh's" beteiligt. Die neue Gesellschaft hat die Bezeichnung "Rasoco" erhalten. Ihr Sitz ist Tel Aviv.

Nach den Vereinbarungen wird die "Neue Heimat International" auf dem deutschen Kapitalmarkt acht Millionen DM beschaffen. Dieses Geld ist für die erste Hypothek in Höhe von je 10 000 DM für die 800 Wohnungen des Projekts in Israel gedacht. Der Staat Israel selbst wird die zweite Hypothek übernehmen. Mit den Mitteln sollen ausschließlich Eigentumswohnungen finanziert werden, wie sie in Israel üblich sind. Nach einer Untersuchung der israelischen Regierung besteht im Lande ein jährlicher Neubedarf von 33 000 Wohnungen.

Schwerpunkt des Wohnungsbaues in der nächsten Zukunft wird die Wüste Negev sein. Hier sollen neue Städte entstehen. Ferner sind die schlechten und kleinen Wohnungen aus den Notjahren nach der Gründung des Staates zu ersetzen. In Israel hilft der Staat in großem Umfang beim öffentlichen Wohnungsbau. Im letzten Jahr wurde die bisher größte Leistung mit 45 000 Wohnungen erzielt. Davon wurden 15 000 durch private Gesellschaften gebaut.

Der Schwerpunkt liegt deshalb auf dem Eigentumswohnungsbau, damit auch die meist wenig begüterten Einwanderer, die fortgesetzt in den Staat kommen, Wohnungseigentum erwerben können. Die Regierung läßt zur Zeit auch Versuchsobjekte durchführen. Es kommt ihr darauf an, mit Hilfe des vorfabrizierten Wohnungsbaues größere Wohnungen billig schneller zu bauen. Die Versuche laufen unter Anwendung skandinavischer und französischer Vorfertigungssysteme. Die israelische Bauindustrie, die früher in sehr starkem Maße importieren mußte, ist inzwischen in der Lage, den Eigenbedarf aus inländischer Produktion zu decken und bereitet sich auf die Verwendung von vorfabrizierten Bauelementen vor.